

Zehn Jahre Regierungsverantwortung der „modernen“ SPD

Eine Bilanz

Am 27. September 1998 wählten die Bürgerinnen und Bürger erstmals in der Bundesrepublik Deutschland eine Regierungskoalition ab. Aufbruchstimmung trug Sozialdemokraten und Grüne in Ministerämter. Nach 16 Jahren Helmut Kohl wurde Gerhard Schröder am 27. Oktober 1998 zum Kanzler der Bundesrepublik Deutschland.

Was hat sich in den vergangenen zehn Jahren getan? Sind die Lebensverhältnisse für die breite Masse der Bevölkerung besser geworden? Wer ehrlich ist, kommt zu einer eindeutigen Antwort. Die Regierungspartei SPD hat im Kerngeschäft versagt. Ob Einkommen, soziale Sicherung, Bildung oder Regulierung der Finanzmärkte – vieles ist schlechter geworden. Bei Millionen Menschen dominiert die Unsicherheit über die eigene Zukunft. Das Gefühl, in einer ungerechten Gesellschaft zu leben, ist stärker als jemals zuvor in der Geschichte der Bundesrepublik.

Rückblickend auf die SPD-Regierungspolitik sagt Franz Müntefering heute: „Da müssen wir noch mal ran.“ Selbst die meisten SPD-Mitglieder trauen sich nicht, die langjährige Umverteilung von unten nach oben als gute sozialdemokratische Politik zu vertreten. Wie sollten sie auch – zehn Jahre Regierungskunst der SPD haben sozialdemokratische Grundwerte auf den Kopf gestellt und dem Land nicht gut getan.

„Da müssen wir noch mal ran?“ Warum sollte es der SPD gelingen, in den Armen der CDU oder mit den Liberalen vom Stamme Westerwelle die Fehlentwicklungen zu korrigieren, die sie selbst herbeigeführt hat? Deutschland braucht einen Politikwechsel, nicht nur einen Regierungswechsel.

Soziale Spaltung statt gesellschaftliche Wohlfahrt

„Wir wissen: Soziale Innovation, und nicht Sozialabbau, das ist die Basis für wirtschaftlichen Erfolg... Unser Leitbild ist eine moderne Teilhabegesellschaft, in der alle ihren gerechten Anteil erhalten am gemeinsam erarbeiteten Wohlstand.“ (SPD-Wahlprogramm 1998)

Dieser richtige Anspruch wurde ins Gegenteil verkehrt. Die tatsächlichen Ergebnisse der SPD-Politik sind teilweise verheerend. Das gilt insbesondere für die Wirtschafts- und Sozialpolitik, für Löhne, Renten und Sozialleistungen, also für Kernthemen sozialdemokratischer Politik. Existenzangst verbreitet sich in einem seit Jahrzehnten ungekannten Ausmaß. Gleichzeitig hat sich der Zustand der Bildung und der öffentlichen Infrastruktur im Land deutlich verschlechtert.

Länder wie Schweden und Dänemark investieren in die Neubegründung des Sozialstaats, pflegen einen gut ausgestatteten öffentlichen Sektor und erreichen einen hohen Beschäftigungsstand. Ganz anders die „moderne“ SPD. Sie verwandelt die Bundesrepublik in ein Experimentierfeld neoliberaler Glaubenssätze: Vorrang für den Markt, Entlastung der Unternehmen und der Reichen, Druck auf die Löhne, Schrumpfung des Sozialstaats.

Anschaulicher als nackte Zahlen, die wir nachfolgend präsentieren, zeigen zwei Alltagsbilder, wohin die regierende SPD die Gesellschaft „modernisiert“ hat. Auf der einen Seite sind die exklusiven Einkaufstempel mit privatem Wachschatz aus dem Boden geschossen. Auf der anderen Seite werden die Schlangen vor den Suppenküchen immer länger, weil immer mehr Menschen nicht das Nötigste zum Leben haben. Diese soziale Spaltung kann niemand akzeptieren – schon gar nicht diejenigen, die von sozialer Demokratie reden.

Hinten dran statt vorn dabei

Im Vergleich mit west- und nordeuropäischen Ländern hat sich Deutschland in den vergangenen zehn Jahren mit Abstand am ungünstigsten entwickelt: schlechteste Entwicklung der Löhne, der Nachfrage privater Haushalte und des Einzelhandelsumsatzes; geringste Fortschritte bei der Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit; stärkste Lohndiskriminierung von Frauen; am deutlichsten ausgeprägte Schul- und Hochschuldiskriminierung von Kindern aus unteren sozialen Schichten und aus Migrationsfamilien. Wie die nachfolgende Übersicht zeigt, ist Deutschland in vielen wichtigen Bereichen zum Schlusslicht der 15 „alten“ EU-Staaten geworden. Nur beim Export und bei der Entwicklung der Unternehmensgewinne ist Deutschland Spitze.

Deutschland in Europa Schlusslicht (EU-15)

Entwicklung Löhne und Gehälter	FI	S	GR	IR	GB	F	B	DK	E	L	I	NL	P	A	D
Lohndiskriminierung der Frauen	B	P	IR	I	GR	F	E	L	S	DK	NL	A	FI	GB	D
Entw. Nachfrage priv. Haushalte		IR	FI	E	DK	GB	L	S	F	B	P	A	NL	I	D
Entw. Einzelhandelsumsatz	L	GR	IR	FI	S	E	DK	F	GB	B	P	A	NL	I	D
Produktionsindex Baugewerbe															
Export	D	L	A	IR	S	FI	NL	DK	P	E	GB	B	F	GR	I
Entw. Unternehmensgewinne	L	A	D	GB	B	S	NL	GR	FI	E	F	I	P	IR	DK
Langzeitarbeitslosigkeit	DK	S	NL	A	GB	IR	L	FI	E	F	I	B	P	GR	D
Bildungsausgaben Grundschüler			S	DK	E	L	P	F	NL	FI	IR	A	I	D	GR
Schulversagen*			FI	GR	E	S	P	A	I	L	IR	NL	DK	F	D
Hochschulabschluss**		S	IR	DK	NL	P	F	GB	I	E	L	GR	A	B	D
Hochschulabschlussquote				FI	DK	NL	I	GB	IR	S	E	P	GR	A	D
Rentenniveau***	GR	NL	L	A	DK	E	I	P	FI	S	F	B	D	GB	IR
Kinder pro Frau	F	IR	S	FI	GB	DK	B	NL	L	A	GR	E	P	D	I
Anteil derer unter 30 Jahren	IR	F	GB	L	NL	DK	FI	S	B	P	E	A	GR	D	I
Kindergartenplatz	DK	S	FI	B	NL	F	GB	P	E	IR	L	D	GR	A	I
Entw. Bruttoinlandsprodukt	IR	GR	L	E	FI	S	GB	A	B	NL	DK	F	D	P	I

* Mathematik untere soziale Schicht, ** Wahrscheinlichkeit unterer zu hoher sozialer Schicht, *** verglichen mit letztem Arbeitseinkommen

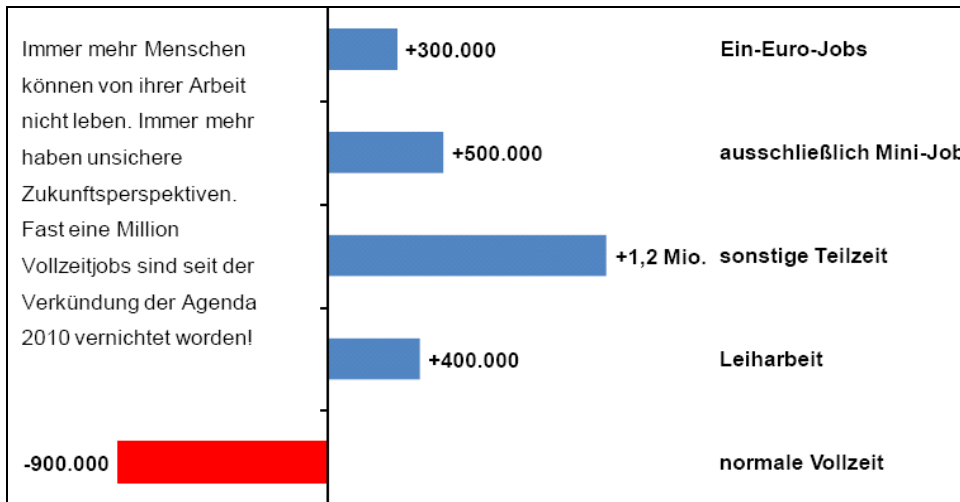
Quelle: www.jjahnke.net auf Basis von Eurostat und OECD

Schlechte statt gute Arbeit

„Unser langfristiges Ziel bleibt die Vollbeschäftigung... Wir wollen, dass alle Jugendlichen, die länger als sechs Monate arbeitslos sind, einen Ausbildungsplatz oder einen Arbeitsplatz erhalten.“ (SPD-Wahlprogramm 1998) „Alle Arbeitsverhältnisse müssen klar normiert, sozial abgesichert und existenzsichernd sein. Flexibilität darf nicht zulasten sozialer Sicherheit gehen.“ (SPD-Regierungsprogramm 2002) „Die besondere Stärke Deutschlands liegt in der Schaffung qualitativ hochwertiger Arbeitsplätze.“ (SPD-Wahlmanifest 2005)

Unter Führung der SPD wurden Gesetze, die den Arbeitsmarkt regeln, erheblich verändert. Leiharbeit, Minijobs und Befristungen sind massenhaft zur neuen Realität geworden. Auf der anderen Seite nimmt die Zahl unbefristeter Vollzeitverhältnisse stetig ab. Arbeiteten im Jahr 1997 noch rund 17,5 Prozent aller Beschäftigten in unsicheren Beschäftigungsverhältnissen, so waren es 2007 bereits 25,5 Prozent.

Schlechte Arbeit auf dem Vormarsch
Veränderung der Erwerbstätigenzahlen 2003 bis 2008



Quelle: ver.di Bundesvorstand 2008

Leiharbeiter und Leiharbeiterinnen verdienen im Vergleich zu Festangestellten, die die gleiche Arbeit machen, bis zu 50 Prozent weniger. Die SPD hat das mit einer Gesetzesänderung im Jahr 2003 möglich gemacht. Auch Minijobs werden in den meisten Fällen sehr schlecht bezahlt. Betroffen sind vor allem Frauen. Berufseinsteiger und junge Beschäftigte müssen sich immer öfter mit befristeten Arbeitsverträgen begnügen, die kaum eine selbst bestimmte Lebens- und Zukunftsplanung ermöglichen.

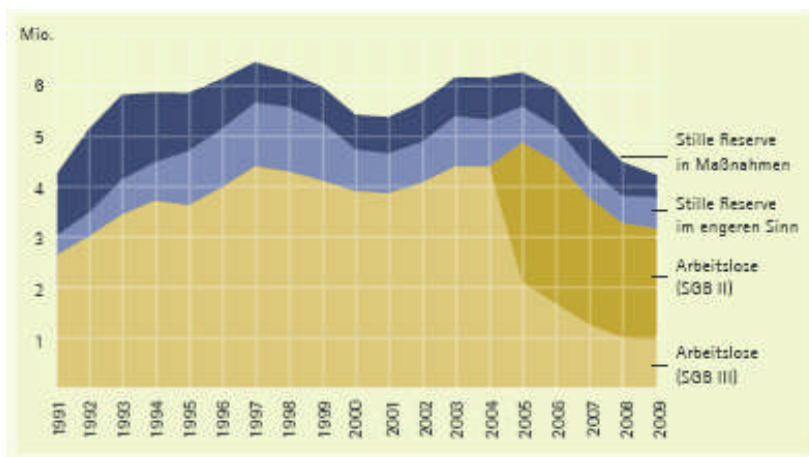
Heute arbeiten 6,5 Millionen Menschen zu Niedriglöhnen, sie sind arm trotz Arbeit. Vor zehn Jahren waren es nur halb so viele. „Jede Arbeit ist besser als keine“ – mit diesem Motto hat die SPD die Ausweitung des Niedriglohnsektors systematisch gefördert. Wiederum sind vor allem Frauen mit einem Anteil von 70 Prozent die Leidtragenden.

Darüber hinaus bekommen 1,3 Mio. Menschen zusätzlich zu ihrem Lohn Hartz-IV-Leistungen, weil ihre Löhne nicht zum Leben reichen. Anspruch auf diese Leistungen haben insgesamt mehr als drei Millionen Menschen. Der Staat subventioniert also schlechte Löhne.

Die Jugendarbeitslosigkeit liegt heute über der von 1998. Jährlich bleiben zehntausende Jugendliche ohne Lehrstelle. Dennoch führt die SPD die angekündigte Ausbildungsplatzumlage nicht ein.

Im Wirtschaftsaufschwung der Jahre 2007 und 2008 hat sich die Zahl der Arbeitslosen verringert. Dennoch ist Deutschland weit der Vollbeschäftigung entfernt. Immer noch fehlen über 4 Millionen Arbeitsplätze.

Fehlende Arbeitsplätze* (1991-2009)



*Personen in Millionen, Jahresdurchschnitte

Quelle: Bundesagentur für Arbeit, Berechnungen des IAB

Von der SPD-Losung „Fördern und Fordern“ ist nur das Fordern übrig geblieben. Wer keinen Arbeitsplatz hat, wird des persönlichen Versagens angeklagt. Und anstatt den Arbeitslosen richtige Arbeitsplätze anzubieten, werden diese mit 1-Euro-Jobs abgespeist.

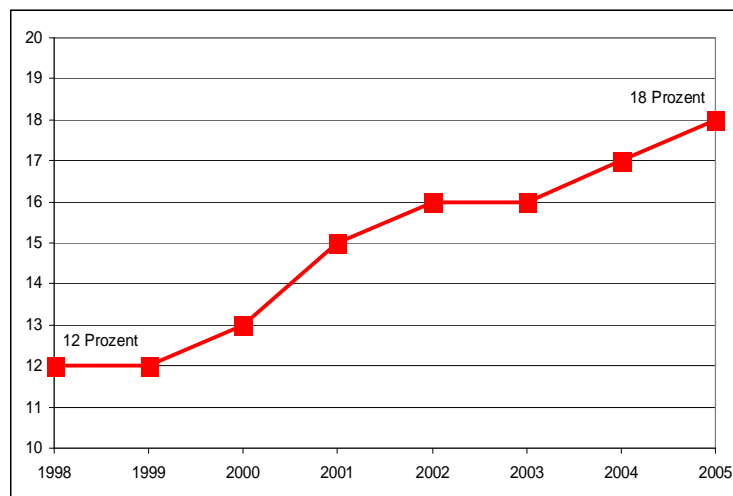
Arbeitslose müssen nahezu jede Arbeit annehmen. Ansonsten wird ihnen das Arbeitslosengeld gekürzt. Leistungskürzung droht selbst dann, wenn eine nicht zumutbare, da nicht Existenz sichernde Arbeit und sittenwidrige Entlohnung verweigert wird. Ausgerechnet eine sozialdemokratische Regierung hat außer Kraft gesetzt, dass Arbeitslose „Nein“ zu schlechter Arbeit sagen können. Die Rückwirkungen auf die Beschäftigungsverhältnisse sind verheerend.

Dauerhafte Armut statt sozialer Aufstieg

„Wir bekennen uns zur besonderen Verantwortung gegenüber den Schwächeren in unserer Gesellschaft. Deswegen wollen wir im Rahmen der Reform der Arbeitslosen- und Sozialhilfe keine Absenkungen der zukünftigen Leistungen auf Sozialhilfeniveau.“ (SPD-Regierungsprogramm 2002)

Millionen Menschen leben in Armut und Ausweglosigkeit. Einmal unten, immer unten – diese Lebenserfahrung ist zurückgekehrt. Mittlerweile ist jedes vierte Kind unter 15, jeder zweite Arbeitslose arm. Hartz IV ist ein Armutsprogramm. Mit der Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe zum Arbeitslosengeld II wurden Leistungen für Arbeitslose massiv gekürzt. Die verschärfte Anrechnung der Partnereinkommen führt dazu, dass Frauen besonders häufig überhaupt keinen eigenen Anspruch auf Leistungen haben.

Immer mehr Arme in Deutschland*



*Armutrisikoquote bezogen auf 60 Prozent des mittleren Einkommens

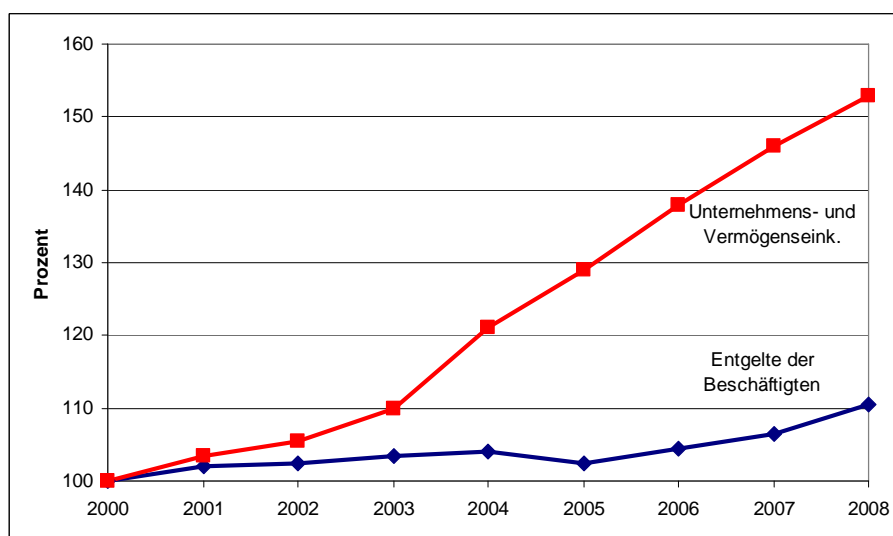
Quelle: HBS 2008

Höhere Gewinne statt höhere Löhne

Unter der Regierung Kohl „ist die steuerliche Belastung von Unternehmensgewinnen und Vermögen erheblich zurückgegangen. Diese ungerechte Steuerpolitik darf so nicht weitergehen... Mit einer gezielten Entlastung bei Steuern und Abgaben wird die SPD-geführte Bundesregierung ... die Nettolöhne der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer verbessern.“ (SPD-Wahlprogramm 1998)

Niedrige Löhne zu akzeptieren und Tarifverträge abzuschließen, die kaum den Reallohn sichern – das war jahrelang der Appell an die Gewerkschaften. Nicht nur von Arbeitgeberverbänden, sondern auch von sozialdemokratischen Ministern. Gehaltsverzicht sei die beste Arbeitsplatzgarantie, hieß es immer wieder. Diese Atmosphäre hat die Wirkung der Hartz-Gesetze zusätzlich verstärkt. Mehr als CDU und FDP in früheren Zeiten erhöhte die Regierungspartei SPD den Druck auf die Löhne und schwächte die Gewerkschaften.

Kapitaleinkommen hängen Löhne ab



Werte für 2007 und 2008: Prognose der Wirtschaftsforschungsinstitute April 2007
Quelle: ver.di Bundesvorstand 2008

Die Bruttoentgelte der Beschäftigten stiegen in den Jahren 2000 bis 2006 um 10 Prozent, die Unternehmens- und Vermögenseinkommen dagegen um mehr als 50 Prozent. Eine solch dramatische Veränderung zu Gunsten der Gewinne hat es in der Nachkriegsgeschichte noch nie gegeben. Und von dem geringen Plus beim Brutto haben die Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen noch nicht einmal etwas, denn der Zuwachs wurde von der Preissteigerung mehr als aufgezehrt. Deshalb können sie sich heute weniger leisten als 1998. Eine solche Entwicklung gab es in keinem vergleichbaren europäischen Industrieland. Selbst im Aufschwung, also seit 2005, sind die Reallöhne gefallen. Daher fehlt sowohl der Nachfrage privater Haushalte als auch der Binnenwirtschaft jegliche Dynamik. Das gilt besonders für Ostdeutschland. Dort ist die Lohnangleichung kaum noch vorangekommen. In manchen Branchen wird der Abstand zum Westen sogar wieder größer.

Steuersenkungen für Konzerne statt für die Menschen

„Im Sinne eines gerechten Lastenausgleichs werden wir dafür sorgen, dass auch die sehr hohen Privatvermögen wieder einen gerechten Beitrag leisten, um Bildung und andere öffentliche Dienstleistungen finanzieren zu können.“ (SPD-Wahlprogramm 1998)

Die sogenannten Veräußerungsgewinne, die beim Verkauf von Unternehmensbeteiligungen entstehen, wurden 1999 von der Steuer befreit. Das war eine Einladung an all die Investoren (Münzfering: „Heuschrecken“), die Unternehmen in schneller Folge kaufen, auspressen und wieder verkaufen.

Der zweite Streich ließ nicht lange auf sich warten. Im Jahr 2000 beschlossen SPD und Grüne eine große Steuerreform. Die eigentlichen Profiteure waren Kapitalgesellschaften. Die von ihnen zu zahlende Körperschaftsteuer sank ins Nichts. Per saldo erhielten sie in 2001 sogar 426 Millionen Euro von den Finanzämtern zurück, die im Jahr zuvor noch 23,6 Milliarden verbuchen konnten. Auch wenn das Aufkommen aus dieser Steuer später wieder zunahm, waren die Ausfälle beträchtlich. Im Vergleich zum Durchschnitt der Jahre 1998-2000 hat die Regierung von 2001 bis 2007 auf insgesamt 95 Milliarden Euro Einnahmen aus der Körperschaftsteuer verzichtet.

Die Steuern für Besserverdienende sind in den vergangenen zehn Jahren ebenfalls deutlich gesunken. Während Durchschnittsverdiener und kleine Unternehmen nur in bescheidenem Umfang entlastet wurden, zahlt ein Einkommensmillionär heute jährlich über 100.000 Euro weniger Steuern als Ende der neunziger Jahre.

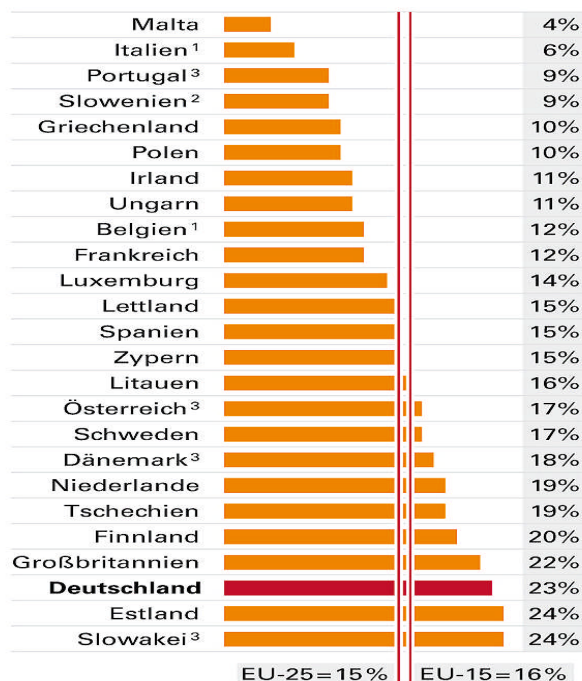
Auch in der Großen Koalition hat die SPD die Fehlentwicklung weiter forciert. So wurde die Mehrwertsteuer von 16 auf 19 Prozent angehoben und die Entfernungspauschale zurückgestutzt. Gleichzeitig sind erneut die Steuersätze für Unternehmen gesunken. Den Staat finanzieren mittlerweile vor allem die abhängig Beschäftigten. Rund drei Viertel des Steueraufkommens werden durch die Lohn-, Umsatz- und Verbrauchssteuern aufgebracht.

Benachteiligung statt Gleichstellung für Frauen

„Die SPD will die Gleichstellung von Mann und Frau wieder zu einem großen gesellschaftlichen Reformprojekt machen. Ferner werden wir das Ziel weiter verfolgen, das Prinzip „gleicher Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit“ entsprechend einer europäischen Verpflichtung zu verwirklichen.“ (SPD-Wahlmanifest 2005)

Die Lohnschere zwischen Frauen und Männern hat sich in zehn Jahren SPD-Regierungsbeteiligung weiter geöffnet. Lag die Differenz im Durchschnittsverdienst zwischen Frauen und Männern 1998 bei 20 Prozent, erhielten Frauen im Jahr 2006 rund 25 Prozent weniger Lohn als Männer.

Deutschland bei Lohnunterschieden zwischen Frauen und Männern ganz vorn



Daten aus 1) 2001, 2) 2002, 3) 2003

Quelle: Eurostat, WSI-FrauenDatenReport 2006

Benachteiligung von Eltern statt Vereinbarkeit von Beruf und Familie

„Durch ein besseres Kinderbetreuungsangebot erweitern wir insbesondere auch die Chancen für Alleinerziehende, Kinder und Beruf zu vereinbaren... Wir werden 10.000 zusätzliche Ganztagschulen aufbauen und die Betreuung der Kinder unter drei Jahren qualitativ und quantitativ deutlich verbessern.“ (SPD-Wahlprogramm 1998)

Die Kinderbetreuungseinrichtungen in Deutschland sind unzureichend auf die Bedürfnisse berufstätiger Eltern ausgerichtet. Bundesweit waren 2007 nur 16 Prozent der Kinder unter drei Jahren in Tagesbetreuung. Im Unterschied zu den östlichen Bundesländern ist die Versorgungslage im Westen immer noch katastrophal. Umfragen zeigen, dass Frauen zum Verzicht auf Erwerbstätigkeit gezwungen sind, weil Kinderbetreuungseinrichtungen fehlen.

Ebenso schlecht steht es um den Ausbau der Ganztagschulen. Im Jahr 2007 wurden nur 18 Prozent der Schüler an den weiterführenden Schulen des Sekundarbereichs I ganztägig unterrichtet. Deshalb gilt nach wie vor die traurige Wahrheit: Wer Kinder zu betreuen hat, verschlechtert seine Chance, eine Erwerbsarbeit aufnehmen zu können, erheblich. Erneut sind insbesondere Frauen die Opfer dieser antiquierten Bildungs- und Familienpolitik. Schon ein einziges Kind im Haushalt bedeutet häufig eine Rückkehr zum Modell der männlich dominierten Versorgung.

Schlechte Rente statt gute Rente

„Die SPD-geführte Bundesregierung wird die unsoziale Rentenpolitik unmittelbar nach der Bundestagswahl korrigieren. Sie wird dafür sorgen, dass der Generationenvertrag zwischen Alt und Jung wieder auf eine sichere Grundlage gestellt wird... Daher streben wir eine Rentenversicherungspflicht für alle Erwerbstätigen an.“ (SPD-Wahlprogramm 1998)

Die Rentnerinnen und Rentner wurden in den vergangenen Jahren vom Aufschwung noch stärker abgekoppelt als die Beschäftigten. Die Nullrunden von 2004 bis 2006 und die erhöhten Beiträge zur Pflege- und Krankenversicherung haben dafür gesorgt, dass die reale Kaufkraft der gezahlten Renten seit 2003 um fast zehn Prozent gesunken ist. Bei den „Neurentnern“, bei denjenigen also, die heute das Rentenalter erreichen, liegen die durchschnittlich gezahlten Altersbezüge um rund 15 Prozent niedriger als bei den „Neurentnern“ des Jahres 1998. Im Verhältnis zum letzten Nettoeinkommen hat Deutschland mittlerweile eines der niedrigsten Rentenniveaus in Europa.

Anstatt die umlagefinanzierte Rente durch Ausweitung des Versichertenkreises und eine Erhöhung der Einnahmen – wie angekündigt – zukunftsfest zu machen, nimmt die SPD Altersarmut und wachsende soziale Ungleichheit bewusst in Kauf. Nur die Finanzbranche jubelt. Für Banken, Versicherungen und Investmentgesellschaften ist die Privatisierung der Rente ein gefundenes Fressen. Angesichts der weltweiten Finanzkrise ist die Ungewissheit über die private Altersvorsorge größer denn je.

Die Ausweitung unsicherer und schlecht bezahlter Beschäftigungsverhältnisse führt im Alter zu weniger Rente. Die Zahl derer wächst, die im Alter trotz lebenslanger Einzahlungen nur eine Armutsrente erhalten. Eine besonders entwürdigende Zumutung.

Auch die Angleichung der niedrigeren Ostrenten an die Westrenten ist in zehn Jahren sozialdemokratischer Regierungsverantwortung keinen Schritt vorangekommen.

Zwei-Klassen-Medizin statt Gesundheit für alle

„Das Prinzip der solidarischen Ausrichtung des Gesundheitswesens bleibt richtig – die Solidarität zwischen Gesunden und Kranken; ebenso die paritätische Finanzierung der Krankenversicherung durch Arbeitnehmer und Arbeitgeber... Eine Zwei-Klassen-Medizin wird es mit uns nicht geben.“ (SPD-Regierungsprogramm 2002)

Nach zehn Jahren Regierungspartei SPD sind Zuzahlungen an der Tagesordnung (Arzneimittel, Physiotherapie, Krankenhausbehandlung, Praxisgebühr). Vieles wurde aus dem Leistungskatalog gestrichen. Die paritätische Finanzierung der Gesundheitskosten durch Arbeitnehmer und Arbeitgeber gibt es praktisch nicht mehr. Zwei Drittel der Lasten tragen die Kassenmitglieder und lediglich ein Drittel die Arbeitgeber. Die Folge: Was sich ein Patient oder eine Patientin leisten kann, hängt vom Geldbeutel ab. Die Zwei-Klassen-Medizin ist Wirklichkeit geworden. Und das trotz steigender Beiträge zur den

Krankenversicherungen. Sie lagen 1998 noch bei durchschnittlich 13,6 Prozent und sollen ab Januar 2009 auf einheitlich 15,5 Prozent steigen. Mit der Einführung des Gesundheitsfonds wird der Arbeitgeberanteil eingefroren. Weitere Kostensteigerungen haben allein die Versicherten zu tragen. Insgesamt bedeutet das: deutlich weniger Leistung bei deutlich höheren Kosten.

Die von der SPD versprochene Bürgerversicherung mit einem solidarischen Ausgleich zwischen gesetzlicher und privater Krankenversicherung ist längst kein Thema mehr. Während Privatversicherte ohne Wartezeiten alle Leistungen erhalten, werden die gesetzlich Versicherten immer schlechter versorgt. Deshalb fürchten viele Menschen, dass ihre gesundheitliche Versorgung schlechter ausfällt, weil sie nicht hinreichend zahlen können. Die Statistik gibt ihnen Recht: Wer arm und gesetzlich krankenversichert ist, stirbt in Deutschland etwa sieben Jahre früher als die Menschen, die wohlhabend und privat versichert sind.

Soziale Auslese statt Bildung für alle

„Bildung muss allen offen stehen – unabhängig vom Einkommen ihrer Eltern. ... [Wir wollen] eine elternunabhängige Grundförderung für alle Studierenden während des regulären Studiums... Wir lehnen Studiengebühren ab“ (SPD-Wahlprogramm 1998)

Die soziale Herkunft bestimmt wieder zunehmend mehr die Bildungschancen der Kinder. Das gilt in Deutschland mehr als in anderen Industrieländern. Von 100 Akademikerkindern studieren im Schnitt 83, von 100 Arbeiterkindern nur 23. Der UN-Sonderberichterstatter für das Menschenrecht auf Bildung nennt den Grund, das dreigliedrige Schulsystem: Es sei „selektiv und diskriminierend“.

Zu einer Verschlechterung unseres Hochschulsystems haben auch SPD-geführte Landesregierungen beigetragen. Häufig wurde das Geld für die Hochschulen gekürzt. Studierende müssen dagegen mehr zahlen. Das Ergebnis ist ernüchternd. Beim Anteil der Hochschulabsolventen an der Bevölkerung ist Deutschland vom 10. auf den 22. Platz innerhalb der letzten zehn Jahre zurückgefallen.

Kasino-Kapitalismus statt Kontrolle der Finanzmärkte

„In Deutschland ist der Markt für Chancenkapital immer noch unterentwickelt. Das werden wir ändern.“ (SPD-Wahlprogramm 1998)

Die Regierungspartei SPD hat Deutschlands Weg in den Kasino-Kapitalismus systematisch geebnet, was wir aktuell schmerzhaft spüren.

Erstens durch die Umverteilung von unten nach oben, durch Steuergesetze, die Unternehmen und Spitzenverdiener systematisch begünstigen. Je konzentrierter das Geldvermögen, desto mehr fließt das Geld ins Kasino der Banken und Fonds.

Zweitens werden immer mehr Menschen gezwungen oder sanft genötigt, private Altersvorsorge zu betreiben und sich den Kapitalmärkten anzuvertrauen.

Drittens sind die SPD-Finanzminister Eichel und Steinbrück für Gesetze verantwortlich, die erheblich zur gegenwärtigen Finanzmarktkrise beigetragen haben. Auf ihrem Konto stehen inakzeptable Finanzprodukte, Kreditverbriefungen und Steuerbefreiungen für Spekulanten. Die Bankenaufsicht wurde in den vergangenen Jahren nicht gestärkt, sondern geschwächt. Die Milliardenverluste deutscher Banken – von der IKB bis zur Hypo Real Estate – sind auch das Ergebnis dieser falschen Politik. Deshalb ist die SPD mitverantwortlich für die Milliardenzeche, die wir alle jetzt zahlen sollen, und für die Bedrohung von hunderttausenden Arbeitsplätzen.

In jedem Volkswirtschaftskurs kann man zweierlei lernen: Märkte haben keine Moral, Märkte ohne Regeln und Aufsicht können gegen die Wand fahren. Diese simplen Einsichten völlig verdrängt zu haben, gehört auch zur SPD-Bilanz.

Glaubwürdigkeit war der SPD bei den Kapitalanlegern offenbar wichtiger als bei den Arbeitnehmern. In diesem Punkt hat sie Wort gehalten, wie die lange Reihe von neuen Gesetzen zeigt:

2002: Die Bundesregierung beschließt mit dem neuen Finanzmarktförderungsgesetz eine Lockerung der Anforderungen an den Börsenhandel, erweitert die Anlagemöglichkeiten von Fonds und erlaubt den Handel mit Derivaten auch im Immobiliengeschäft. In den Folgejahren wandern immer mehr Pakete von faulen US-Immobilienkrediten in die Bilanz deutscher Banken.

2003: Die Bundesregierung fördert die Verbriefung von Krediten zu Wertpapieren durch steuerliche Vergünstigungen. Die unüberschaubare Verlagerung von Risiken aus den Bankbilanzen auf die globalen Finanzmärkte bekommt enormen Aufwind.

2004: Unter der Amtsführung eines sozialdemokratischen Finanzministers werden Hedge-Fonds in Deutschland zugelassen. Hedge-Fonds, die „schwarzen Löcher“ des internationalen Finanzsystems, erhöhen durch ihre hoch spekulative Anlagestrategie den Renditedruck auf die gesamte Branche. Waghalsige Geschäfte nehmen exponentiell zu.

2005: In der Großen Koalition tritt die SPD für weitere „Produktinnovationen“ und neue „Vertriebswege“ ein. Das SPD-geführte Finanzministerium unterstützt die Verbriefung von Krediten zu Wertpapieren und erweitert die Anlagemöglichkeiten für öffentlich-private (Kapital-)Partnerschaften.

2008: Die Große Koalition verteilt Steuergeschenke für Private-Equity-Fonds. Diese legen ihr Geld bevorzugt in nicht-börsennotierten, mittelständischen Unternehmen an, aus denen sie überdurchschnittliche Gewinne herauspressen, auf Kosten der Beschäftigten und der Zukunft der Betriebe.

Sozialdemokraten haben ermöglicht, dass die Finanzmarktkrake ihre Tentakel in immer weitere Winkel des Wirtschaftslebens strecken kann, so dass krisenhafte Erschütterungen gleichfalls immer weiter zu spüren sind. Im Gegenzug haben sich deutsche Regierungen gegen eine abgestimmte Besteuerung von Kapitaleinkommen in Europa gestellt und gegen eine effiziente Kontrolle von Kapitalflüssen. Insgesamt hat diese Politik dazu geführt, dass nicht mehr der Finanzsektor den Unternehmen und der Volkswirtschaft dient, sondern ihnen die Renditeziele diktiert.

Bruch des Völkerrechts statt friedliche Konfliktlösung

„Die NATO ist und bleibt ein Verteidigungsbündnis. Das globale Gewaltmonopol zur Sicherung des Weltfriedens liegt ausschließlich bei den Vereinten Nationen. Einsätze der NATO, die über ihren kollektiven Verteidigungsauftrag hinausgehen, bedürfen eines Mandats der Vereinten Nationen oder der OSZE (Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa).“ (SPD-Wahlprogramm 1998)

Die Bundesrepublik hat sich 1999 am NATO-Krieg gegen das damalige Jugoslawien beteiligt. Es wurde seitens der NATO kein Verteidigungsfall festgestellt, auch ein Mandat der UNO existierte nicht.

Den Krieg der NATO in Afghanistan gegen das Taliban-Regime (Operation Enduring Freedom) wertete die NATO als Verteidigungsfall. Die Bundesrepublik beteiligte sich an der NATO-Operation. Obwohl das Taliban-Regime inzwischen gestürzt wurde und damit der Kriegsgrund entfiel, dauert der Krieg weiter an. Daher widerspricht dieser NATO-Einsatz dem Völkerrecht.

Die rot-grüne Bundesregierung hat die Beteiligung Deutschlands am völkerrechtswidrigen Krieg gegen den Irak abgelehnt. Eine Mitwirkung am Krieg hat es dennoch gegeben, indem Flugplätze in Deutschland, Aufklärungsflugzeuge und Geheimdienstmitarbeiter bereitgestellt wurden. Damit hat die SPD-geführte Regierung das Völkerrecht wissentlich gebrochen und dem Krieg den Vorzug vor der friedlichen Konfliktlösung gegeben.